

Saar-Polizisten beklagen Verlust von Bürgernähe

Viele Beamte geben Reform in Umfrage schlechte Noten

Ein schlechtes Arbeitsklima bei der saarländischen Polizei macht eine repräsentative Umfrage unter Gewerkschaftsmitgliedern aus. 54 Prozent aller Befragten bewerten die laufende Neuorganisation negativ.

Von SZ-Redakteur
Michael Jungmann

Saarbrücken. Zur Halbzeit der bis zum Jahr 2020 terminierten Polizeireform sieht die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Saarland deutlichen Korrekturbedarf. Grundlage dafür sind die Ergebnisse einer anonymen Umfrage, an der im Juni und Juli 1147 von 1746 der im Polizeidienst aktiven GdP-Mitglieder mitgewirkt haben. Dies bedeutet eine Beteiligung von rund 66 Prozent. In der GdP sind etwa 70 Prozent der saarländischen Polizeibeamten organisiert.

Kai Masser vom Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer und zwei leitende Mitarbeiter des Saarbrücker Büros für An-



FOTO: GdP

Ralf Porzel

angelegten Mitgliederbefragung sollen heute den Vertrauensleuten der Gewerkschaft sowie Vertretern des Innenministeriums und der Polizeispitze vorgestellt werden.

Ralf Porzel, GdP-Landeschef, bestätigte auf Anfrage Informationen unserer Zeitung, wonach 62 Prozent der Befragten durch die jüngste Reform die Bürgernähe der Polizei nicht mehr gewährleistet sehen. 21 Prozent machten dazu keine Angaben, zehn Prozent sehen keine Auswirkungen der Neuorganisation. Nur sieben Prozent meinen, die Bürgernähe sei weiterhin gewährleistet.

Als sehr negativ bewerten 66 Prozent der befragten Polizis-

gewandte Psychologie begleiteten die als „weitgehend repräsentativ“ eingestufte Umfrage wissenschaftlich. Die wichtigsten Ergebnisse der groß-

ten die Einrichtung von neun so genannten B-Inspektionen, die an Wochentagen nachts teilweise schließen und deren Personal kontinuierlich reduziert wird. B-Inspektionen gibt es in Alt-Saarbrücken, Brebach, Köllertal, Bous, Dillingen, Wadern, Nohfelden-Türkismühle, Illingen und Blieskastel. In diesem Zusammenhang stufen auch 40 Prozent der Umfrage-Teilnehmer die politische Zielvorgabe der Reform, alle Standorte der Polizeiinspektionen zu erhalten, negativ ein. 30 Prozent beurteilen dies positiv, zehn Prozent neutral, 20 Prozent machten keine Angaben.

Nach SZ-Informationen kamen die schlechtesten Bewertungen für die Reform (83 Prozent negativ) aus den Ermittlungs- und Servicediensten der Inspektionen und von den Polizeiposten in den Kommunen (81). Auch aus den elf A-Inspektionen, den neun B-Inspektionen sowie seitens der Bereitschaftspolizei kommen mehrheitlich negative Urteile.